

DIE WELT

Polizei nutzt umstrittene Software zur Datensicherung

Ließ es Brandenburgs Polizei bei der Wahl ihrer neuen Sicherheitssoftware an Sorgfalt mangeln? Die Ausschreibung war direkt auf eine russische Firma gemünzt. Das könnte rechtswidrig gewesen sein.

Stachelschwein Egon hilft Sergej Schlotthauer dabei, seine Software EgoSecure an den Mann zu bringen. Das Maskottchen der kleinen IT-Firma symbolisiert aus Sicht ihres Chefs Wehrhaftigkeit. "Stachelschweine haben keine natürlichen Feinde", sagt Schlotthauer.

Ebenso unbesiegbar sollen sich seine Kunden fühlen – dank des Programms, das Trojaner und Viren abwehrt und Datenabfluss verhindert. "Wir wollen, dass Sie absolut sicher sind. Sie, ihre Daten und ihre Rechner." Seit Anfang des Jahres ist EgoSecure-Software auf fast jedem Polizeicomputer in Brandenburg installiert. Rund 8500 Rechner von Beamten wurden so gegen virtuelle Angriffe gesichert.

Der Deal dürfte nicht nur an Schlotthauers Firmensitz in Ettlingen für Begeisterung gesorgt haben, sondern auch in Moskau. Denn das kleine baden-württembergische Unternehmen gehört seit 2011 zur russischen Infowatch-Gruppe, die von der bekannten Moskauer Geschäftsfrau Natalya Kaspersky geführt wird.

Vor zwei Jahren hatten die Snowden-Enthüllungen das Ausmaß der weltweiten Spionagepraktiken von Geheimdiensten deutlich gemacht. Selbst das Handy der Bundeskanzlerin war von Spionen angezapft worden. Seither können Daten kaum noch als sicher gelten. Umso mehr stellt sich heute die Frage, warum ausgerechnet eine deutsche Polizeibehörde ihre Computer mit Software ausstattet, die aus dem Ausland finanziert wird.

Und hinter der eine Frau steht, deren Nähe zum russischen Geheimdienst FSB bekannt ist.

Rätselhafte Umstände

Erwartungsgemäß versichern sowohl Kaspersky als auch Schlotthauer, dass weder EgoSecure noch Infowatch Zugriff auf Brandenburger Polizeigeheimnisse haben.

"Wir können mit bestem Wissen und Gewissen behaupten, dass unsere Software frei von jeglichen Backdoors ist", sagt Schlotthauer.



Foto: Getty Images Unternehmerin Natalya Kaspersky ist privat und geschäftlich dem russischen Geheimdienst FSB verbunden

Natalya Kaspersky schließt explizit aus, dass der russische Geheimdienst Zugriff erlangen könnte, da es "keinerlei Verbindungen gibt und keinerlei fremder Code implementiert wurde".

Und doch geben allein die Umstände, wie EgoSecure Geschäftspartner der brandenburgischen Polizei wurde, Rätsel auf. Nicht umsonst sprechen IT-Experten bei Polizeicomputernetzwerken von "kritischer Infrastruktur": Auf den Rechnern der Beamten sind Fahndungsaufrufe, Ermittlungsakten, Tatortfotos, Namen von Verdächtigen und Zeugen gespeichert. Auch andere hochsensible Informationen, etwa vom Verfassungsschutz, werden dort gelegentlich abgelegt.

Es wäre anzunehmen, dass gerade in diesem Bereich eine neue Sicherheitssoftware mit größter Sorgfalt ausgewählt wird. Doch ausgerechnet im Fall von EgoSecure ist das wohl nicht passiert.

Türsteher für den Computer

Der Ausschreibungsprozess verlief ungewöhnlich, denn der Gewinner stand von Anfang an fest. Am 29. Januar des laufenden Jahres gab der Zentraldienst der Brandenburger Polizei die öffentliche Ausschreibung Ö-014/15 bekannt – und präsentierte den designierten Auftragnehmer gleich mit.



Kampf gegen den Terror

Polizei sieht sich nur mangelhaft gerüstet

Angefordert wurde die "Lieferung der Schnittstellensoftware EgoSecure inklusive Dienst- und Pflegeleistungen". Die Software funktioniert wie ein Türsteher für den Computer: Sie überwacht alle Schnittstellen, an denen

Daten hinein- oder hinausgelangen – zum Beispiel USB-Anschlüsse oder Verbindungen mit Speicherplätzen in der Cloud. Sie wirkt fast ganz im Hintergrund, die Beamten bekommen in der Regel kaum etwas davon mit.

Schon im Titel der Ausschreibung hatte sich die Brandenburger Polizei also auf einen Anbieter und ein bestimmtes Produkt festgelegt, woraufhin wenig überraschend ein Vertriebspartner von EgoSecure den Zuschlag erhielt. Im Fachjargon spricht man in solchen Fällen von einer "produktscharfen Ausschreibung" – die aus gutem Grund vergaberechtlich nur in Ausnahmefällen erlaubt ist. Weil sie den Wettbewerb verhindert, darf man so nur vorgehen, wenn nachweislich lediglich ein einziges Produkt die Anforderungen erfüllt.

Gab es wirklich keine Alternative?

Bei der Sicherheitssoftware für die Brandenburger Polizeirechner sei dies genau so gewesen, behauptet das zuständige Innenministerium auf Anfrage. Vor der Ausschreibung habe eine "umfangreiche Markterkundung" stattgefunden. Nur die Schnittstellensoftware EgoSecure habe den Anforderungen der Polizei "in allen relevanten Punkten" entsprochen. Auch alternative Lösungen seien getestet worden – welche das waren, wollte man allerdings nicht verraten.

Zwei deutsche IT-Sicherheitsfirmen widersprechen der Darstellung des Innenministeriums deutlich. Das Unternehmen CenterTools Software aus Ludwigsburg etwa teilt mit, die Firma hätte alle wesentlichen Anforderungen der Brandenburger Polizei "ausnahmslos mit unseren Produkten abbilden können". Zudem zähle man die Polizei eines anderen Bundeslandes zu seinen Kunden.

Und Ramon Mörl, Chef der Firma itWatch aus München, sagt: "Wir hätten das sicher auch gekonnt." Auch sein Unternehmen habe schon mehrfach Ausschreibungen deutscher Polizei- und Sicherheitsbehörden für sich entschieden.

Diesmal habe man sich wegen der produktscharfen Ausschreibung nicht einmal bewerben können, sagt Mörl.

War die Vergabe rechtswidrig?

Auch aus Sicht des Vergaberechters Wolfram Krohn aus der internationalen Kanzlei Dentons ist das Ausschreibungsverfahren der Brandenburger Polizei fragwürdig. "Was die Polizei als Begründung für die Produktfestlegung angibt, scheint mir mehr als dürftig", sagt er. "Ich halte es für unwahrscheinlich, dass es tatsächlich nur ein Produkt gibt, das die von der Polizei kommunizierten Anforderungen erfüllt."

Wenn auch nur ein einziges anderes Produkt infrage käme, wäre die Vergabe rechtswidrig. Krohn sagt allerdings auch: "Nachdem der Auftrag bereits erteilt ist, könnte eine Korrektur jetzt nicht mehr erzwungen werden."



Cyberkriminalität


40 Prozent von Deutschlands Computern sind verseucht

Zwar beteuert das Innenministerium, dass die Entscheidung für EgoSecure "diskriminierungs- und willkürfrei" erfolgt sei. Einen Beleg dafür bleibt die Behörde jedoch schuldig. Auch eine Akteneinsicht

durch die "Welt" führt nicht weiter. In den Unterlagen fehlt ausgerechnet die Dokumentation der Markterkundung. Warum ausschließlich die EgoSecure-Software infrage kam, ist nicht erkennbar.

Für das baden-württembergische Softwareunternehmen und die russische Infowatch ist der Vertrag mit der Brandenburger Polizei ein großer Erfolg. EgoSecure mit seinen rund 65 Mitarbeitern ist für die Chefin der Unternehmensgruppe, Natalya Kaspersky, ein wichtiger Baustein ihrer westlichen Expansionsstrategie.

Im Osten und im arabischen Raum firmiere ihre Firmengruppe als Infowatch, denn dort gebe es keine Vorbehalte gegen russische Unternehmen, sagte die 49-Jährige



vor einem Jahr. "Im Westen haben wir eine andere Strategie. Wir handeln durch die Übernahme des deutschen Unternehmens EgoSecure." Im Jahr 2011 habe sie deshalb 100 Prozent der Anteile gekauft.

Unübersichtliches Firmengeflecht

Eine Rekonstruktion der Firmenstruktur aus dem Handelsregister ergibt jedoch ein anderes Bild. Demnach gehört die EgoSecure GmbH einer gleichnamigen Firma in Luxemburg, die wiederum fünf Muttergesellschaften auf Zypern hat. Sie sind kompliziert verschachtelt, haben jedoch alle dieselbe Anschrift. An ihrer Spitze stehen nach Aktenlage zwei Zyprioten.

Ein Zweig des Firmengeflechts führt sogar zu einer Navil Holdings Corporation in Belize. Natalya Kaspersky taucht in dem komplizierten Firmenstammbaum lediglich als Verwaltungsrätin der Luxemburger Firma auf.

Von dem unübersichtlichen Geflecht hat sich die Brandenburger Polizei nicht abschrecken lassen. Auf die Frage, ob man sich mit der Eigentümerstruktur befasst habe, heißt es im Innenministerium schlicht: "Die Ergebnisse wurden im Vergabeverfahren berücksichtigt."

EgoSecure-Chef Schlotthauer zufolge handelt es sich um eine normale Holdingstruktur, "die innerhalb der EU nicht unüblich ist". Sein Unternehmen habe "weder direkt noch indirekt Shareholder aus Belize". Auch Kaspersky bestätigt das. Warum das Handelsregister etwas anderes ausweist, klären beide nicht auf.

Beeindruckende Kundenliste

Kaspersky ist ein großer Name in der russischen Internetwirtschaft: Einer der weltweit bekanntesten Virens Scanner trägt ihren Namen. Die Firma dahinter hat Natalya gemeinsam mit ihrem damaligen Ehemann Jewgeni aufgebaut – Kaspersky Labs, das heute mit 3000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von rund 700 Millionen Dollar (660 Millionen Euro) erzielt.

Allerdings verließ Natalya Kaspersky das Unternehmen ihres Ex-Mannes bereits 2007, um den Vorstandssitz bei Infowatch zu übernehmen.

Laut Website des Unternehmens wurde die Endvierzigerin zum "Russian Business Leader of the Year 2012" gekürt. Dass sie gut im Geschäft ist, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Nach Angaben von Bisnode, einem schwedischen Dienstleister für Wirtschaftsinformationen, ist die Infowatch-Gruppe stark überschuldet. Der Datendienstleister weist ein negatives Eigenkapital von rund 600 Millionen Rubel aus – ein Minus von etwa 8,5 Millionen Euro.

Es handele sich um eine Investmentfirma ohne operatives Geschäft, sagt Kaspersky. "Diese Art von Firmen schreiben oft und lange rote Zahlen, das hat mit dem operativen Geschäft der einzelnen Firmen nichts zu tun." Zudem ist die Kundenliste der InfoWatch-Gruppe durchaus beeindruckend. Der Energieriese Gazprom ist dabei, der Flugzeug- und Waffenhersteller Suchoi, die Bank of Moscow.

Auf der russischen Webseite werden auch staatliche Behörden wie das Verteidigungsministerium, das Finanzministerium und der Zoll genannt. Westliche Partner fehlen hingegen, was sich vielleicht mit der Nähe zum FSB erklären lässt.

Schnelle Hilfe von Geheimdienst und Polizei

Die guten Beziehungen zwischen den Kasperskys und dem russischen Geheimdienst sind lange bekannt. Jewgeni machte seinen Abschluss an der Hochschule des sowjetischen Geheimdiensts KGB. Seine Ex-Frau Natalya lernte er im KGB-Erholungsheim kennen. Als Virenjäger machte er vor allem auf neue Schadsoftware wie Stuxnet oder Flame aufmerksam, die sich Amerikanern oder Israelis zuordnen lässt.




IT-Sicherheitsgesetz

Unternehmen müssen künftig Cyberattacken melden

Er selbst erklärt seine Nähe zum KGB-Nachfolger FSB so: "Der Cyberabwehrabteilung im FSB stehen wir einfach deshalb näher, weil die meisten Profis in der Cyberkriminalität aus

Russland kommen."



Auch aus privaten Gründen sind die beiden Ex-Eheleute den russischen Behörden verbunden. 2011 entführten Kidnapper den gemeinsamen Sohn Iwan. Die Kasperskys schalteten Geheimdienst und Polizei ein. Dem amerikanischen Magazin "Wired" sagte Jewgeni Kaspersky später einmal: "Sie kennen uns als Leute, die ihnen helfen, wenn sie uns brauchen."

Auch deshalb hätten die Behörden nach der Entführung angefangen, "wie verrückt zu arbeiten". Tatsächlich gelang es, den 20-jährigen Iwan einige Tage später zu befreien.

Gütesiegel des FSB

Geschäftlich unterhält Natalya nachweislich Verbindungen zum FSB. Der Dienst hat der Infowatch-Gruppe zwei Lizenzen ausgestellt, die der "Welt" vorliegen. Demnach darf die Firma kryptografische IT-Produkte entwickeln, herstellen und vertreiben. Infowatch schmückt sich mit dem Gütesiegel des FSB, das als entscheidender Türöffner im russischen IT-Markt gilt.

Ein Zertifikat des deutschen Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) kann die Kaspersky-Firma EgoSecure hingegen nicht vorlegen. Die Brandenburger Polizei verlangte es auch nicht. Vergaberechtlich sei es "nicht erforderlich" gewesen, heißt es dort.

Wahrscheinlich ist es nur ein Zufall, dass sich ausgerechnet der direkte Ansprechpartner für die Ausschreibung gut mit geheimdienstlichen Aktivitäten auskennt: Der Mann vom Zentraldienst der Brandenburger Polizei diente vor der Wende drei Jahre in der Wach- und Sicherungseinheit der Staatssicherheit der DDR in Potsdam.

[Quelle](#)